

# Jugend ohne Wahl

## Zwischen Politikverdrossenheit und Partizipation



Immer mehr Personen in Österreich haben keine Wahl. Nämlich rund 1,1 Millionen Menschen über 16. Das sind fast 15 Prozent der möglichen WählerInnen, Tendenz steigend. Sie alle haben keine Staatsbürgerschaft und sind deshalb von vielen demokratischen Prozessen ausgeschlossen. In Wien darf sogar rund ein Drittel der Menschen nicht wählen. Darunter auch rund 72.000 Wiener Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren.

*Wie unterrichtet man Politische Bildung für SchülerInnen, die von vornherein von Wahlen ausgeschlossen sind? Wie kann man das Thema bearbeiten, ohne dass es für die SchülerInnen erst recht frustrierend wird? Und welche Folgen hat es überhaupt, wenn (immer mehr) junge Menschen nicht wählen dürfen?*

## Politikverdrossenheit und das Gefühl der Machtlosigkeit

Beginnen wir mit dem grundsätzlichen Problem. Wenn immer mehr Menschen nicht wählen dürfen, weil sie keinen österreichischen Pass haben, hat das Folgen, das wissen wir. Dann repräsentiert die Politik schlichtweg nicht mehr alle Menschen im Land. Der Demokratie und ihren repräsentativen Institutionen kommt die Legitimationsbasis abhanden. Noch dazu beobachten PolitikwissenschaftlerInnen auch sogenannte "Ansteckungseffekte". Wenn zum Beispiel in einem Bezirk viele Menschen nicht wählen dürfen, leidet die politische Kultur. Auch Menschen aus der Nachbarschaft, die eigentlich wählen dürfen, gehen dann öfter nicht zur Wahl.

Wenn Jugendliche von Wahlen ausgeschlossen werden, ist die Sache mit der Politikverdrossenheit doppelt problematisch. Demokratie und demokratische Prozesse müssen schließlich erlernt und geübt werden. Diese Chance bleibt ihnen verwehrt. Und außerdem prägt sie die Ablehnung. Das ist etwas Emotionales, auf das die Jugendlichen oft mit Trotz reagieren.

***“Die einzelnen Personen im Klassenzimmer vor ihrem jeweiligen Background abzuholen, ist die größte Herausforderung,“*** sagt Angela Tiefenthaler.

## Mitreden bedeutet Selbstermächtigung

Wie begeistert man junge Menschen für Politik und politische Partizipation, ganz unabhängig vom Wahlrecht? Jugendliche können im Grätzeln mitreden, sich in der Gemeinde engagieren oder an Demonstrationen teilnehmen. Für all das braucht es keine Staatsbürgerschaft. Zentral ist, den Jugendlichen die Möglichkeiten aufzuzeigen, wo sie mitreden können.

SchülerInnen und Lehrkräfte sollen ein Bewusstsein entwickeln für die digitale Welt und ihre Tücken. Gemeinsame Regeln helfen außerdem bei der Orientierung für ein besseres Online-Miteinander. Den SchülerInnen ihr Handy einfach abnehmen, kann jedenfalls keine Lösung sein.

**“Mitreden bedeutet immer auch Selbstermächtigung”**, sagt Laura Einiö-Wunderer.

In Politischer Bildung soll Raum für Diskussion und auch Frustration sein. Wichtig ist aber letztendlich, Politik greifbar zu machen. Junge Menschen müssen erkennen, wo ihr Leben mit Politik zu tun hat und wo sie – mit und ohne Staatsbürgerschaft – teilhaben können.



**“Politik ist mehr als das, was die SchülerInnen oft glauben. Die Aufgabe der LehrerInnen ist es, ihnen die Politik näherzubringen, aufzuzeigen, wo sie tagtäglich mit Politik zu tun haben”**, meint Pascal Günsberg

Das Wissen kommt aber nicht von alleine, sondern muss auch erst erarbeitet und näher gebracht werden. Gerade vor Wahlen geht's nun mal vor allem um Parteien und wofür sie stehen. Der

Klassiker ist hier, Wahlplakate anschauen zu gehen und zu analysieren. Das ist für alle SchülerInnen spannend, egal ob mit oder ohne Wahlrecht.

**“Politische Teilhabe beginnt auch damit, dass man sich in einem politischen System orientieren kann”**, sagt Michaela Fricke.

## Den Status quo hinterfragen

Die Möglichkeiten, die Lehrkräfte haben, sind natürlich begrenzt. Manchmal bringt auch all das Thematisieren, Ermutigen und Unterstützen nur mäßigen Output. Lehrkräfte sollten ihre Ziele nicht zu hoch stecken und so Druck – auch für sie selbst – rausnehmen.

**“Ich bin schon glücklich, wenn der Status Quo einfach nur hinterfragt wird. Das ist das Mindeste, was Politische Bildung in der ganzen Wahlrechts- und Staatsbürgerschaftsdebatte leisten kann.”** meint Sihaam Abdillahi.



## Richtig und Falsch?

Fassen wir zusammen: Das Ziel von Schule muss sein, Wahlrecht und politisches Interesse bestmöglich zu entkoppeln. Und ein Verständnis dafür zu schaffen, wo Politik das Leben der Jugendlichen unmittelbar beeinflusst. Es ist richtig und wichtig, die Problematik anzuerkennen und zu diskutieren. Es ist außerdem wichtig, den SchülerInnen Möglichkeiten der Teilhabe aufzuzeigen und sie so zur politischen Partizipation zu motivieren. Es wäre falsch, das nicht zu tun aus Sorge, bei den Betroffenen noch mehr Frust zu schüren.

### Ambra Schuster im Gespräch mit:

- *Sihaam Abdillahi (ehem. Schulsprecherin an der AHS Geringergasse Wien und Landesschulvertreterin)*
- *Laura Einiö-Wunderer (Leiterin des Wiener Jugendzentrums Margarethen)*
- *Michaela Fricek (Lehrerin an der Berufsschule für Verwaltungsberufe in Wien)*
- *Pascal Günsberg (Lehrer am Ella Lingens Gymnasium, Wien und Gründer und Obmann des Vereins PolEdu für politische Bildung)*
- *Angela Tiefenthaler (Trainerin und Lerncoach bei WUK m.power)*

### Weiterführende Links

- [Wahlen](#) (polis aktuell 2/2022)
- [Wahlen](#) (Dossier, Zentrum polis)
- [Wahlen und wählen](#) (IzPB 41)
- [Wahlrecht für alle](#) (Haus der Geschichte Österreich)
- [Wahlen](#) (Dossier, Demokratiewebstatt)
- [Die Verfassung – unsere demokratische Basis](#) (IzPB 46)
- [Partizipation von Kindern und Jugendlichen](#) (polis aktuell 4/2021)

Alle Folgen finden Sie hier: [www.politik-lernen.at/richtigundfalsch](http://www.politik-lernen.at/richtigundfalsch)

Richtig und Falsch ist ein Kooperation von Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule, Demokratie21 und der Arbeiterkammer Wien.